Vorhaben- und Erschließungsplan Stand: erste Offenlage

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Stand: erste Offenlage

Vorhaben- und Erschließungsplan Stand: erneute Offenlage

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Stand: erneute Offenlage

Textliche Festsetzungen

1. **Art der baulichen Nutzung**
(§ 9 BauNVO i.V.m. **§ 1 Abs. 5, Abs. 6 und Abs. 9 BauNVO**)

1.1 In dem GE-Gebiet sind gemäß § 1 Abs. 5 i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO die allgemein zulässigen Nutzungen
- Einzelhandelsbetriebe und
- Tankstellen

nicht zulässig.

1.2 Gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 2 BauNVO sind die nach § 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Vergnügungsstätten allgemein zulässig, weiter Kinos, Discotheken, Nachtlokale und ähnliche Unternehmen i.S. von § 31 (2) Gewerbeordnung (GewO), Wettbüros und Betriebe mit Sexdarbietungen im Sinne des § 33a GewO als auch Betriebe mit Verlustung von Bier, Wein und anderen alkoholischen Getränken und Swingerclubs als Nutzungsbereiche sind gemäß § 1 Abs. 5 i.V.m. § 1 Abs. 9 BauNVO unzulässig und

1.3 Die gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO zulässige Nutzungsart wird gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO eingegrenzt:

1.3.1 Nicht zulässig sind alle Gewerbebetriebe und Anlagen der Abstandsklassen I bis VI der Liste zum Abstandserlass NRW (Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 06.06.2007) sowie Betriebe und Anlagen vergleichbarer Emissionscharakter.

1.3.2 Ausnahmsweise zulässig sind diejenigen Betriebe der Abstandsklasse VI, die mit einem "+" gekennzeichnet sind, wenn durch die besonderen Betriebsorganisation nachgewiesen wird, dass keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Umgebung erfolgen.

2. **Immissionsschutz**
(**§ 22 Abs. 4 BauNVO**)

2.1 Es wird eine abweichende Bauweise festgesetzt. Als abweichende Bauweise gilt die offene Bauweise mit der Maßgabe, dass Gebäude oder Gebäudegruppen mit einer Länge über 50 m zulässig sind.

3. **Gestaltungsfestsetzungen**
(**§ 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO**)

Der nachfolgende Festsetzungen liegen die Berechnungen der schalltechnischen Untersuchung, Bericht F.708.01 vom 16.10.2012, Peutz Consult GmbH, Düsseldorf zu Grunde.

In der mit GE gekennzeichneten Fläche sind nur Betriebe und Anlagen zulässig, deren Geräusche die in der folgenden Tabelle angegebenen Emissionskontingente L EK nach DIN 45691, Ausgabe Dezember 2006, weder tagsüber (06:00 Uhr bis 22:00 Uhr) noch nachts (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) überschreiten.

Fläche	Emissionskontingent L EK, dB(A)/m²	
	tags (6:00 bis 22:00 Uhr)	nachts (22:00 bis 6:00 Uhr)
GE	60	45

3.2 Die Anwendung der Relevanzgrenze nach DIN 45691, Abschnitt 5 ist zulässig.

4. Vorhaben/vorgem zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen
(**§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB**)

Den nachfolgenden Festsetzungen liegen die Berechnungen der schalltechnischen Untersuchung, Bericht **A-5464-1-neam** 16.10.2012, Peutz Consult GmbH, Düsseldorf zu Grunde. **ist zu aktualisieren**

Innerhalb des in Plan nach § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB eingetragenen Bereiches mit der Kennzeichnung B ist eine Lärmschutzwand-Kombination mit folgenden Mindesthöhen zu errichten: h1 = 18,0 m ü. NHN, h2 = 16,0 m ü. NHN und h3 = 160,0 m ü. NHN. Die Lärmschutzwand-Kombination ist einer Schallschutzwand mit Überhang gleichzustellen.

4.1 Zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Verkehrslärmimissionen) sind entlang der nördlichen Grundstücksgrenze lärmmindernde Maßnahmen zu treffen. Die Lärmschutzwand-Kombination ist so zu errichten, dass die Immissionsrichtwerte gem. § 1 Abs. 5 i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO eingehalten sind.

- Lärmschutzwand 1: h1 = min. 18,0 m ü. NHN und h2 = min. 16,0 m ü. NHN (Länge 47 m), Die Lärmschutzwand ist mit einer Mindestabschirmung von 30 dB(A) zu versehen.
- Lärmschutzwand 2: h1 = min. 18,0 m ü. NHN (Länge 15 m)

Die Schallabschirmungen müssen alle mindestens eine Schallminderung beim Schallschirmung von DLR = 24 dB aufweisen.

4.4 Gemäß Erlass im Plan sind Lärmpegelbereiche (LBP) nach DIN 4109 festgesetzt. Innerhalb des Plangebietes ergeben sich Anforderungen bis Lärmpegelbereich V gemäß DIN 4109. Als Mindestanforderung wird im Plangebiet Lärmpegelbereich III gemäß DIN 4109 festgesetzt.

Lärmpegelbereich	Maßgebender Außenlärmpegel in dB(A)	Erforderliches resultierendes Bauschalldämm-Maß R'w des Außenbauteils in dB in Abhängigkeit von Raumarten in Wohnungen*	
		Wohnungen, Übernachtungsräume, Büroräume, Ähnliches	Aufenthaltsräume in Beherbergungsstätten, Unterrichtsräumen und Ähnlichem
III	61-65	35	30
IV	66-70	40	35
V	71-75	45	40

* Luftschalldämmung des Außenbauteils nach DIN 4108, Abschnitt 5, Tabelle 8, Spalte 3 - November 1989

5. **Bauweise**
(**§ 22 Abs. 4 BauNVO**)

5.1 Es wird eine abweichende Bauweise festgesetzt. Als abweichende Bauweise gilt die offene Bauweise mit der Maßgabe, dass Gebäude oder Gebäudegruppen mit einer Länge über 50 m zulässig sind.

6. **Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen**
(**§9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB**)

6.1 Auf dem gemäß § 9 Abs. 25a BauGB mit einem Anpflanzgebot belegten Flächen sind standortgerechte, einheimische Bäume und Sträucher anzupflanzen. Diese Bepflanzungen sind dauerhaft anzulegen, zu pflegen und bei Abgängigkeit zu ersetzen. Vorhandene standortgerechte und einheimische Gehölze sind zu erhalten und in die Planung zu integrieren.

6.2 Gemäß gemäß § 9Abs. 1 Nr. 15 BauGB festgesetzten privaten Grünflächen sind standortgerechte, einheimische Bäume und Sträucher anzupflanzen. Diese Bepflanzungen sind dauerhaft anzusagen, zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen.

6.3 Auf den gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB als Lärmschutz-Wall-Kombination festgesetzten Flächen sind standortgerechte, einheimische Heckenpflanzungen und Sträucher anzupflanzen. Diese Bepflanzungen sind dauerhaft anzusagen, zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen.

6.4 Bedingte Festsetzung (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB):

Die Überfassung oder baulichen Inanspruchnahme der mit Ziffer B im Plan festgesetzten Wall-Wand-Kombination ist gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB erst zulässig, wenn durch andere aktive Lärmschutzmaßnahmen oder durch die Errichtung von Lärmschutzfenstern an den betroffenen Wohnhäusern der Immissionsgrenzwert für Verkehrslärm eingehalten wird, ein entsprechender Schallschutz in der Gestalt erbracht, dass die im vorhabenbezogenen Bebauungplan festgesetzten Emissionskontingente eingehalten werden können.

7. **Vorhaben und Erschließungsplan**
(**§ 12 Abs. 3a i.V.m.§ 9 Abs.2 BauGB**)

Im Plangebiet sind gemäß § 12 Abs. 3a i.V.m.§ 9 Abs. 2 BauGB nur solche Vorhaben zulässig, zu denen Durchführung des Vorhaben- und Erschließungsplanes sowie Erschließung, Ausgleich, Ersetzung des Durchführungsvertrages oder der Abschluss eines neuen Durchführungsplanes gesichert ist.

Hinweise

Bodendenkmale

Auf Grund von Bodenfunden/-ten bei der Durchführung von Erdarbeiten ist nicht auszuschließen, in diesem Zusammenhang wird auf die Bestimmungen der §§ 16 und 18 Denkmalschutzgesetz verwiesen. Beim Auftreten von Bodenfunden/-ten ist gemäß § 16 Abs. 1 Denkmalschutzgesetz die Entdeckung unverzüglich der Unteren Denkmalbehörde oder dem Bodendenkmalpflege unverzüglich zu informieren. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten.

Kampfmittel

Bei Aufholzen von Kampfmitteln (Bombenblindgängern, Munition o.ä.) während der Erdbauarbeiten sind aus Sicherheitsgründen die Arbeiten sofort einzustellen und die nächstgelegene Polizeidienststelle oder der Kampfmittelbeseitigungsdienst bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu verständigen.

Einsichtnahme in technische Regelwerke

Die Satzung über die Festsetzung des Bebauungsplanes, wird auf die DIN 4091 „Gebäudeschlagbestimmung", Dezember 2006 hinweisgegeben, zum Deckschen Verlag für Normung (Berlin) verwiesen. Bezüglich der Festsetzung 4. „Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen" wird auf die DIN 4109 "Schallschutz im Hochbau", Ausgabe November 1989 hingewiesen. Die Satzung über die Festsetzung 6. „Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern" wird auf die Pflanzung zugunsten begrünten Vorschriften (Gebäude, Immissionsgen, Erlasse, DIN-Vorschriften) hingewiesen. Der Stadt Mettmann, in den Plan-Auskunft für Abt. 3.1 - Stadtplanung-, Neanderstraße 85, auf Nachfrage eingesehen werden.

1 Ergänzungen aufgrund der Anregungen im Rahmen der ersten Offenlage.

2 Redaktionelle Änderungen nach der 2. Öffentlichen Auslegung aufgrund der Anregungen des Kreises Mettmann im Schreiben vom 02.07.2013

3 In den Textlichen Festsetzungen zu Punkt 4 wird als Grundlage für die einschlägigen Lärmschutzmaßnahmen Festsetzungen auf die Schalltechnische Untersuchung, Bericht F.708.0 vom 16.04.2013 Peutz Consult GmbH, Düsseldorf Bezug genommen.

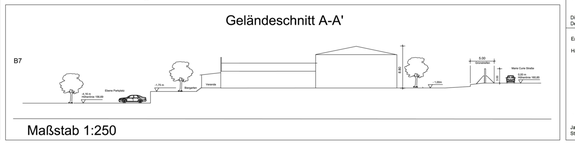
4 In den Textlichen Festsetzungen zu Punkt 4.1 wird zur Klarstellung auch die Lärmschutz-Wand im Bereich der Grünfläche im Plan mit dem Buchstaben B gekennzeichnete Fläche beziehen.

Mettmann, 13.06.2014

Der Bürgermeister
i.A. Dipl.-Ing. R. Bartsaum
Dipl.-Ing R.Bartsaum

Stand: erste Offenlage

Stand: erneute Offenlage



Jan Hüllen
Stadtplaner AKNW

ISR STADT RAUM
Dipl.-Ing. Bernd Scholling Dipl.-Ing. Jan Hüllen
Freie Stadtplaner / Stadtbaurmeister
Dessauer Weg 10, 40822 Mettmann
Tel.+Fax 02104 / 4 20 20 - Mobil 0170 / 5 38 38 40

Dipl.-Ing. Bernd Scholling Dipl.-Ing.
Dessauer Weg 10, 40822 Mettmann

Entwurf und Bearbeitung

Haan, den 14.05.2013

Abstandsliste 2007

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-Betriebsart (Kurzfassung)
VI	200	161	2.9 (2)	Anlagen zum Silomischen oder Mischen von Gras oder/Grasmehl unter Verwendung von Flüssigkeiten
		162	2.10 (2)	Anlagen zum Trocknen/Verdichten Erntegutes, soweit dieRaumwärme der Brennstoffe 40 MW oder mehr oder die Brennstoffe mehr als 100 kg/m³ und weniger als 300 kg/m³ Rauminhalt dieRaumwärme betrug.
		163	3.4 (2)	Anlagen zum Schleifen, zum Lagerien oder zur Raffination von Naturstein oder Natursteinersatzstoffen, soweit die Leistung von weniger als 5 Tonnen je Tag bei einer Calcinaufgabe oder von 1 Tonne je Tag bei einer Calcinaufgabe von mehr als 1 Tonne je Stunde beträgt, ausgenommen Anlagen zum Schleifen ohne Anfeuchtung beliebiger Werkstoffe
		164	3.8 (2)	Anlagen zum Schmelzen, zum Lagerien oder zur Raffination von Bitumen oder Gemischen aus Bitumen und Stoffen, soweit die Leistung weniger als 6 Tonnen je Tag bei einer Calcinaufgabe oder 1 Tonne je Stunde beträgt, ausgenommen Anlagen zum Schmelzen, zum Lagerien oder zur Raffination von Bitumen, soweit die Leistung weniger als 1000 m³ Gesamtgefäßhöhe beträgt (ausgenommen nicht genehmigungsbedürftige Anlagen nach Nr. 8 und 9 BImSchV)
		165	3.10 (2)	Anlagen zum Brennen von Kalkstein oder Dolomit, soweit die Leistung weniger als 50 Tonnen je Tag beträgt
		166	5.7 (2)	Gießereien für Nichteisenmetalle soweit 0,5 Tonnen bis weniger als 4 Tonnen Metall je Tag vergossen werden, ausgenommen Anlagen zum Gießen von Metallen durch Einrühren Verwendung von Flüssigkeiten oder Stabelementen (Nr. 9 BImSchV)
		167	5.10 (2)	Anlagen zum Verarbeiten von flüssigen organischen Stoffen oder Polyäthylenmehl mit Ammoniumsulfat oder Sulfat-Zusatz oder Sulfat-Equivalenten mit Ammonium zu Formmassen, Formteilen oder Fertigpressmassen, soweit keine Anlagen zum Verarbeiten von Polyäthylenmehl mit Sulfat-Zusatz oder Sulfat-Equivalenten (Nr. 9 BImSchV)
		168	5.11 (2)	Anlagen zur Herstellung von Kunstharzen oder Kunstharzlacken, soweit die Leistung weniger als 1 Tonne Fertigprodukt je Tag beträgt
		169	7.5 (2)	Anlagen zur Herstellung von Kürschnerfellen, -leder, -pelzen, soweit die Leistung weniger als 200 Felle je Tag beträgt
		170	7.20 (2)	Anlagen zum Behandeln von Polyurethanhartschaum, Bauteilen oder Formteilen aus Polyurethanhartschaum oder Polyurethanhartschaum oder zur Ausrüstung von Hohlkörpern mit Polyurethan, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 200 kg oder mehr je Stunde beträgt
		171	7.27 (1+2)	Anlagen zum Lagern von Stoffen oder Gemischen, soweit die einer Prüfpflichtmitteilung von weniger als 75 Tonnen gefährlicher Waren je Tag, ausgenommen
		172	7.28 (1+2)	Anlagen zum Lagern von Brennstoffen oder Mineralölen, soweit die Anlage weder zugelassen werden
		173	7.32 (1+2)	Anlagen zum Behandeln, zum Lagerien oder zur Raffination von Mineralölen oder Ölen, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 10 Tonnen oder mehr je Tag beträgt
		174	7.33 (2)	Anlagen zum Destillieren von Teer oder Teerölen, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 10 Tonnen oder mehr je Tag beträgt
		175	8.1 (1) 16	Anlagen zum Behandeln von Tierkadavern oder Tierkörperteilen oder Aufarbeiten von Tierkörpern oder Tierkörperteilen, soweit die Leistung weniger als 1000 Tonnen Ausgangsmasse je Tag beträgt
		176	8.12 (1+2) 10 und 11	Anlagen zum Lagern von Abfällen, soweit in diesen Anlagen Abfälle mit einem Gesamtlagerraum von 50 Tonnen oder mehr
		177	8.13 (1+2)	Anlagen zum Behandeln von Abfällen, soweit in diesen Anlagen Abfälle mit einer Gesamtlagerkapazität von 10 Tonnen oder mehr
		178	8.14 (1+2) 10 und 11	Anlagen zum Lagern von Altreifen, soweit in diesen Anlagen Altreifen mit einer Gesamtlagerkapazität von 1000 Altreifen oder mehr
		179	10.8 (2)	Anlagen zum Herstellen von Kunstharzen oder Kunststoffen, soweit die Leistung weniger als 1 Tonne Fertigprodukt je Tag beträgt
		180	10.10 (1) 10.10 (2) 10.10 (3) a) und b)	Anlagen zum Herstellen von Kunstharzformstoffen oder Formteilen aus Kunstharzformstoffen, soweit die Leistung weniger als 50 kg je Stunde Kaltschuß eingesetzt werden, auch soweit nicht genehmigungspflichtig
		181	-	Anlagen zum Schmelzen von Kalk, Kalkstein, Kreide, Dolomit oder Dolomitstein, soweit die Leistung weniger als 50 kg je Stunde Kaltschuß eingesetzt werden, auch Nr. 18; 138)

Abstandsliste 2007

Abstands-klasse	Abstand in m	Lfd. Nr.	Hinweis auf Nummer (Spalte) der 4. BImSchV	Anlagen-Betriebsart (Kurzfassung)
		182	-	Anlagen zum Herstellen von Stahlgießereien, soweit die Leistung weniger als 20 kg/h (z.B. Lohnstahlgießerei)
		183	-	Anlagen zum Herstellen von Gummiartikeln
		184	-	Anlagen zum Schmelzen, zum Lagerien oder zur Raffination von Naturstein oder Natursteinersatzstoffen, soweit die Leistung weniger als 5 Tonnen je Tag bei einer Calcinaufgabe oder 1 Tonne je Stunde beträgt
		185	-	Anlagen zum Herstellen von Bitumen, Asphalt und Pfeifen aus Holz und sonstigen Holzwerkstoffen
		186	-	Anlagen zum Lagerien von Altreifen
		187	-	Anlagen zum Schmelzen, zum Lagerien oder zur Raffination von Naturstein oder Natursteinersatzstoffen
		188	-	Anlagen zum Trocknen von Gemüse oder Tabak oder Einsatz von Geblüsen (?)
		189	-	Anlagen zum Tränkungen oder Fußentonen mit einer Produktionsleistung von 100 Tonnen bis weniger als 300 Tonnen Fertigerzeugnissen je Tag als Formmassen, Formteilen oder Fertigpressmassen, soweit keine Anlagen zum Verarbeiten von Polyäthylenmehl mit Sulfat-Zusatz oder Sulfat-Equivalenten (s. auch Nr. 167)
		190	-	Betriebsanlagen oder Anlagen zur Herstellung von Chemiefasern
		191	-	Anlagen zum Herstellen von Kunstharzen oder Kunststoffen
		192	-	Anlagen zum Herstellen von Kunstharzformstoffen oder Formteilen aus Kunstharzformstoffen, soweit die Leistung weniger als 50 kg je Stunde Kaltschuß eingesetzt werden, auch Nr. 180
		193	-	Anlagen zum Herstellen von Kunstharzlacken
		194	-	Anlagen zum Herstellen von Kürschnerfellen, -leder, -pelzen
		195	-	Anlagen zum Behandeln von Polyurethanhartschaum, Bauteilen oder Formteilen aus Polyurethanhartschaum oder Polyurethanhartschaum oder zur Ausrüstung von Hohlkörpern mit Polyurethan, soweit die Menge der Ausgangsstoffe 200 kg oder mehr je Stunde beträgt
		196	-	Anlagen zum Lagern von Stoffen oder Gemischen, soweit die einer Prüfpflichtmitteilung von weniger als 75 Tonnen gefährlicher Waren je Tag, ausgenommen
		197	-	Anlagen zum Lagern von Brennstoffen oder Mineralölen
		198	-	Anlagen zum Lagern von Altreifen, soweit die Anlagen weder zugelassen werden
		199	7.5 (2)	Anlagen zum Behandeln von Rohfellen oder Rohleder, soweit die Leistung weniger als 1 Tonne Fertigprodukt je Tag beträgt
		200	7.12 (1)	Anlagen zum Behandeln von Abbauöle mit einer Durchsatzleistung von 5 Kilobytes oder mehr je Woche
		201	7.14 (1)	Anlagen zum Schmelzen, zum Lagerien oder zur Raffination von Naturstein oder Natursteinersatzstoffen, soweit die Leistung weniger als 1 Megawatt
		202	8.9 (2)	Anlagen zur Behandlung von Abbauöle mit einer Durchsatzleistung von 5 Kilobytes oder mehr je Woche
		203	-	Anlagen zum Schmelzen, zum Lagerien oder zur Raffination von Naturstein oder Natursteinersatzstoffen
		204	-	Betriebe zur Fischgewinnung
		205	-	Anlagen zum Trocknen von Gemüse oder Stärkeresen
		206	-	Anlagen zur Herstellung von Kunststoffen ohne Verwendung von Phenolharzen
		207	-	Anlagen zum Trocknen, einsacken, kanisieren/abs. insbesondere zur Beseitigung von Unfallschäden
		208	-	Trockneren oder Schnitzereien
		209	-	Anlagen zum Lagern von Altreifen in geschlossenen Hallen
		210	-	Stanzgießerei, ausschließlich oder ordnerrein
		211	-	Tagebaubetrieben, die nicht durch Nr. Nrn. 108 und 109 erfasst werden
		212	-	Anlagen zum Lagern von Altreifen, soweit die Lagerung offen oder Taschen sowie Hanstuchschnaderiaren oder Schuhfabriken
		213	-	Anlagen zur Herstellung von Reibgummiwalzen, Industriewalze oder Gummiwalzen
		214	-	Schmieden oder Hämmerwerke
		215	-	Kleiderfabriken oder Anlagen zur Herstellung von Textilien
		216	-	Großbuchdrucken oder große chemische Reinigungen
		217	-	Betriebe des Elektrogerätebaus sowie der sonstigen elektronischen oder elektrischen Industrie
		218	-	Bauhöfe
		219	-	Anlagen zur Kraftfahrzeugüberwachung
		220	-	Anlagen zur Kraftfahrzeugreparatur
		221	-	Anlagen zur Rundentwasserung und Nacht kann soweit wenigen als 50 kg je Stunde Kaltschuß eingesetzt werden), auch Nr. Nr. 138)

Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs; Flächen für den Gemeinbedarf, sowie für Sport- u. Spielanlagen; § 9 (1) 5 BauGB

Art der baulichen Nutzung § 9 (1) 1 BauGB / § 1 (1), (2), (3) BauNVO

- WA Allgemeines Wohngebiet
- WR Reines Wohngebiet
- WS Besonderes Wohngebiet
- MD Dorfgebiet
- MI Mischgebiet
- MK Kerngebiet
- GE Gewerbegebiet
- GI Industriegebiet
- SO Sonstiges Sondergebiet

Flächen für den Gemeinbedarf:
- Verwaltungsgebäude
- öffentliche Verwaltungen
- Schule
- Gesundheitliche, Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Kirchen
- Soziale Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Kultur Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen
- Sonstige Gemeinbedarf
- Sportanlagen
- Spielanlagen
- Friedhof
- Kirche
- Bahnanlagen
- Post

Flächen für Sport- und Spielanlagen

Sportanlagen / Spielanlagen

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; § 9 (1) 12, 14 (6) BauGB

- Elektrizitätswerk
- Trafostation
- Umspannwerk
- Umformerstation
- Abfall
- Wertstoffsammelstelle
- Wasserwerk
- Regenrückhaltebecken
- Deiche/Deichlinie
- Fernwärme
- Gas
- Abtlagerung

Grünflächen § 9 (1) 15 BauGB

- Öffentliche Grünflächen
- Parkanlage
- Dauerkleingärten
- Friedhof
- Private Grünflächen
- Sportplatz
- Zeltplatz
- Freibad

Spielplatz, Sportanlage A, B, C
B. EG II, BiMW. v. 31.07.75

Sonstige Flächen § 9 (1) 17, 18, (5) , (6) BauGB

- Flächen für Aufschüttungen
- Flächen für Abgrabungen oder die Gewinnung von Bodenschätzen
- Flächen für die Landwirtschaft
- Flächen für Wald
- Umgrenzung der Flächen, bei denen Belastung bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen oder bei denen besondere baulichs Sicherungsvorkehrungen gegen Naturgewalten erforderlich sind, sowie Flächen für den Abbau von Mineralien
- Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind

Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
§ 9 (1) 2 BauGB / § § 22, 23 BauNVO

- a Abweichende Bauweise
- o Offene Bauweise
- E Geschlossene Bauweise
- Nur Einzelhäuser zulässig
- Nur Doppelhäuser zulässig
- Nur Einzeln. u. Doppelhäuser zulässig
- Nur Hausgruppen zulässig
- Nur Doppelhäuser u. Hausgruppen zulässig
- Baulinie
- Baugrenze
- Stellung der baulichen Anlage

Verkehrsflächen und ihre Höhenlage
§ 9 (1) 11, 26, (2) (5) BauGB

Straßenverkehrsfläche / Private Straßenverkehrsfläche

Verkehrsfläche mit der besonderen Zweckbestimmung
- Fußgängerbereich
- Verkehrsfläche mit der besonderen Zweckbestimmung - Verkehrsberuhigter Bereich
- Verkehrsfläche mit der besonderen Zweckbestimmung - Öffentliche Parkfläche
- Verkehrsflächen besonderer, auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- (+ 144,50) Dept. Höhenlage der Verkehrsfläche in m über NN
- Gefälle in Verkehrsrichtung
- Einfahrt
- Ein- und Ausfahrtsbereich
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt
- Treppe
- Rampe
- 25 d Maßzahl

Die Unterteilung der Straßenverkehrsfläche ist als Hinweis zu werten.

Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie zur Herstellung der Straßenkörper erforderlich sind:
- Aufschüttung
- Abgrabung
- Stützmauer
- Fläche für Bahnanlagen

Sonstige Festsetzungen
§ 9 (1) 1, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 13, 20, 21, (6) BauGB und § 16 BauNVO

- Flächen mit räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes und des Vorhaben- und Erschließungsplanes
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, Verkehrsflächen, Flächen für Maßnahmen zur Bodenordnung, Einzelheiten siehe Begründung
- Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen
- GGa Garagen
- GGb Gemeinschaftsstellplätze
- GGc Gemeinschaftsanlagen
- Besonderer Nutzungszweck von Flächen, z. B. Hotel
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- bei schmalen Flächen) Gehrecht Fahrrecht Leitungsrecht
- zu Gunsten der Öffentlichkeit / Allgemeinheit
- zu Gunsten der Anlieger
- zu Gunsten der Ver- und Entsorgungsträger
- F mind. / höchst. 100d m/ Minimal- / Höchstgrenze der Baugrundstücke
- S mind. / höchst. 20 m Minimal- / Höchstfrieste der Baugrundstücke
- B mind. / höchst. 30 m Minimal- / Höchstbreite der Baugrundstücke
- Umgrenzung der Flächen mit besonderen Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes
- Umgrenzung der Gebiete, in denen bestimmte, die Nutzung oder Gestaltung regelnde Festsetzungen aufgrund landesrechtlicher Vorschriften getroffen sind
- Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind
- Umgrenzung der von der Bebauung freizuhaltenden Anbauverbotszone
- Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereich z.B. 4 u. 5 gemäß DIN 4109

Planungsrechtliche Grundlagen

Die vorliegende Plangrundlage ist z.T. eine - Abzeichnung - / Vergrößerung - der Katasterkarte/karte.

Die Planung im Maßstab 1: 1.000 ist entstanden - durch Urauflnahme - vereinfachte Teil/ Neuvermessung

Die Plangrundlage enthält außerdem die Ergänzenden von Ergänzungsvermessungen (z.B. Gebäude.)

Die vorliegende Plangrundlage wurde z.T. neu kartiert.

Es wird bescheinigt, dass die Darstellung mit den derzeitigen amtlichen Katasternachweis übereinstimmt und dass die städtebaulichen Festsetzungen geometrisch eindeutig sind.

Mettmann, den 24.6.13

Dipl.-Ing. Bernd Scholling Dipl.-Ing.
Dessauer Weg 10, 40822 Mettmann

Entwurf und Bearbeitung

Haan, den 14.05.2013

Zeichenerklärung Planunterlage

- Wohngebäude mit Hausnummer
- Wohngebäude ohne Hausnummer
- Wirtschafts- und Industriegebäude
- Durchfahrt
- Arkade
- Mauer
- 115,00 Vorhandene Höhenlage über NHN
- Treppe
- Kanalschacht / Kanalschacht, gedeckt
- Hydrant
- Wasserschieber
- Gasschieber
- Straßenentwässerungskasten
- Kabelkasten
- Kabelschacht
- Laterne
- Verkehrsschild
- Haltestelle
- Verkehrsampel
- E - Mast
- Hochspannungsmast
- Anschlagsäule
- Baum
- Bordstein
- Zaun
- Hecke
- Böschung
- Gemeindegrenze
- Gemarkungsgrenze
- Flurgrenze
- Flurstücksgrenze
- Rechter Winkel
- Oberhalen

Nachdruck und Vervielfältigung jeder Art, auch einzelner Teile sowie Anfertigung von Vorgängen oder Verkleinerungen sind verboten und können zivil- und strafrechtsverfolgungsrechtlich geahndet werden.

Rechtsgrundlagen / Verfahrensvorgundlagen

Dieser Plan enthält Festsetzungen gemäß:
- BauGB: Baugesetzbuch vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 Abs. 7 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl.I S. 1509)
- BauNVO: Baunutzungsverordnung - (Bau-NVO) i.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art.3 Investitionserleichterungen und Wohnbaurechtl vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
- Bauordnung für das Land Nordrhein- Westfalen (BauO NRW) i.F. der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW. S.256), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung (BauO NRW) - Änderung des § 85 Abs 1 und 2 von 10.10.2006 (GV NRW S.482)
- Planzeichenverordnung (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die durch Art.2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509) geändert worden ist
- Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW S.666), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Demokratie vom 13.10.2012 (GV. NRW S.474)

Die Ortssatzung gilt für den Ortsteil Mettmann der Stadt Mettmann.

Zu diesem Plan gehören die Bestandteile: Folgende Pläne / Gutachten und Anlagen zum Bebauungsplan
- Artenschutzrechtliche Potentialabschätzung
- Schalltechnische Gutachten

Die der Planung zugrunde liegenden Vorschriften und Technischen Normen DIN-Vorschriften können bei der Stadt Mettmann, in der Plan-Auskunft der Abt. 3.1- Stadtplanung-, Neanderstraße 85, auf Nachfrage eingesehen werden.

Planverfahren

Dieser Plan ist gemäß § 2 (1) i.V.m. § 12 und § 13 BauGB durch Beschluss des Planungsausschusses vom 12.10.2010 aufgestellt worden am 20.01.2012, aufgestellt worden.

Der Aufstellungsbeschlu